



MÜLLHEIM
MARKGRÄFLERLAND



PRESSEMITTEILUNG

der Stadt Müllheim und der Gemeinde Auggen

23.09.2016

Rheintalbahn Ergebnisoffene Diskussion um Tempo-250 und Lärmschutz- Maßnahmen für den Streckenabschnitt Müllheim-Auggen mit Bahn und Landesverkehrsministerium am 22. September in Stuttgart

In einem Gespräch zwischen Vertretern der Bahn, des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg, der Bürgerinitiativen sowie der beiden Bürgermeister von Auggen und Müllheim, fand gestern im Verkehrsministerium ein Austausch über die 250 km/h Frage sowie die Realisierbarkeit der Lärmschutzmaßnahmen entlang des Streckenabschnitts Hügelsheim-Müllheim-Auggen statt. Die beiden Kommunen und das Bürgerbündnis Bahn Markgräflerland hatten im Vorfeld weitere Untersuchungen über das Verhältnis von Kosten und dem tatsächlichen Nutzen der Tempo-250-Planung der Bahn auf dem Streckenabschnitt Hügelsheim-Auggen gefordert. Sie sehen hier ein Einsparungspotenzial, das für eine dem heutigen Stand der Technik entsprechende Trassenplanung eingesetzt werden sollte, bei der dann auch auf die für den Streckenabschnitt vorgesehenen meterhohen Lärmschutzwände als Vollschutz verzichtet werden könnte.

Entsprechend des Projektbeiratsbeschlusses erhält der Streckenabschnitt aktiven Vollschutz über das gesetzlich geltende Maß hinaus, sprich: ohne Anrechnung des Schienenbonus. Passive Schallschutzmaßnahmen kommen nicht zum Einsatz.

Die Bahn erläuterte in dem Gespräch ausführlich, warum sie mit dem ICE auf einzelnen Streckenabschnitten bis zu 250 km/h schnell fahren muss. Dem gegenüber stehen allerdings Erkenntnisse aus Untersuchungen, die die Bürgerinitiativen initiiert haben.

„Eine endgültige Beratung zu diesem Thema kann deshalb erst stattfinden, wenn das Gutachten der Bürgerinitiativen vorliegt, das derzeit noch in Arbeit ist“, so Auggens Bürgermeister Fritz Deutschmann.

Klar wurde in dem Gespräch, dass nicht die Personenzüge, sondern vor allem die Güterzüge zu laut seien. Von 2020 an soll es ein gesetzliches Verbot lauter Güterzüge geben. Die Beteiligten einigten sich deshalb auch darauf, ein neues Schallgutachten anzufertigen, um weitere Argumente für die Diskussion um eine menschen- und umweltverträgliche Realisierung der Lärmschutzmaßnahmen zu gewinnen, sollte die Klage der Kommunen gegen den geltenden Planfeststellungsbeschluss nicht zum Erfolg führen.

In das neue Gutachten sollen die zu erwartenden veränderten Rahmenbedingungen einfließen, dazu gehört auch der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030, der nach derzeitigem Stand weniger Güterzüge prognostiziert. Derzeit ist der BVWP 2025 zu Grunde gelegt, da dieser den aktuell rechtlichen Rahmen darstellt. Weiterhin soll in dem Schallgutachten mit bis zu 100 Prozent neuen und leiseren Güterzügen auf der Strecke gerechnet werden.

„Dieses Gutachten wird dann die Ausgangslage für eine neue Diskussion um die Höhe der Schallschutzwände sein“, so Bürgermeisterin Astrid Siemes-Knoblich.

Gabriele Kawlath

STADT MÜLLHEIM

Referentin
Büro der Bürgermeisterin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bismarckstraße 3 - 79379 Müllheim

Tel. +49 (0)7631 801-182
Fax +49 (0)7631 801-192
gkawlath@muellheim.de

www.muellheim.de